N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 29. Januar 2010, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Acker, Backes, Böttcher, Biebusch, Büchner, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
CDU:	Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
MBL:	Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Becker (SPD) und die ehrenamtlichen Stadträte Reinhard und Sprywald sowie Stadträtin Dr. Weinbach.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:12 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt insbesondere die neue Stadtverordnete Monika Biebusch (SPD), die für die ausgeschiedene Stadtverordnete Karin Brahms nachgerückt ist. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht der Stadtverordneten Biebusch viel Freude und Erfolg bei der Ausübung ihres Mandats und eine gute Zusammenarbeit.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.

Der Stadtverordnete Ludwig (MBL) stellt den Antrag, die Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 9.8 auf Seite 17 wie folgt zu ergänzen:

Nach der Formulierung "Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) stellt um 19:30 Uhr den Geschäftsordnungsantrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauses" soll ergänzt werden: "Hierbei erhob sich der Stadtverordnete Pfalz von seinem Sitz und ging in Richtung Ausgangstür."

Zu diesem Änderungswunsch weist der Stadtverordnete Severin (SPD) daraufhin, dass der Stadtverordnete Pfalz (CDU) noch im Raum anwesend war.

Gegen diesen Änderungswunsch zum Protokoll spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Vor der Abstimmung über den Änderungswunsch zur Niederschrift unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 16:24 Uhr die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird um 16:53 Uhr fortgesetzt, nachdem der Ältestenrat getagt hat. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Änderungswunsch des Stadtverordneten Ludwig MBL im Hause abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 19 Ja-Stimmen der CDU, 3 Ja-Stimmen der FDP, 2 Ja-Stimmen der MBL und 3 Ja-Stimmen der Marburger Linke, insgesamt 27 Ja-Stimmen und bei 29 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Änderungswunsch des Stadtverordneten Ludwig (MBL) hinsichtlich der Niederschrift wird abgelehnt.

Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegt ein **Antrag aller Fraktionen betr. Soforthilfe für Haiti** vor.

Der Ältestenrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Antrag einvernehmlich in die Tagesordnung aufzunehmen.
Der Stadtverordnetenvorsteher wird die Vorlage unter **TOP 11.1** aufrufen.

Der Stadtverordnete Jannasch (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 6 zu vertagen, da der Ortsbeirat Ockershausen dazu noch kein Votum abgegeben hat und im Bau- und Planungsausschuss nach Ansicht des Stadtverordneten Jannasch falsche Informationen gegeben wurden.

Zu diesem Geschäftsordnungsantrag spricht der Bürgermeister für den Magistrat. Der Stadtverordnete Acker (SPD) spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag und weist die Einschätzung, dass im Bau- und Planungsausschuss falsche Informationen gegeben worden sind, als unrichtig zurück.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Jannasch (CDU) abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschuss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 6 wird abgelehnt.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weiter Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 1 01/2010)
Vorlage: VO/0935/2010

Gibt es für den neuen Parkplatz Brauereigelände ab 19 Uhr Nachttarife?

Es antwortet der Oberbürgermeister:
Bereits ab 18:00 Uhr!
Der neue Parkplatz wird aufgrund der räumlichen Nähe als Satellit des Parkhauses Oberstadt betrieben. Die Nachttarife des Parkhauses gelten auch dort. Von 18:00 Uhr bis 2:00 Uhr gilt der Abendtarif mit 0,50 € pro Stunde, jedoch höchstens 1,50 € und von 2:00 Uhr bis 8:00 Uhr der Nachttarif mit 0,50 € je Stunde.

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 2 01/2010)
Vorlage: VO/0936/2010

Vor dem Umbau gab es die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/Std. im unteren Marbacher Weg. Denn da überqueren Kindergartenkinder, Schulkinder und Studenten die Straße. Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, darauf hinzuwirken, dass dies wieder eingeführt wird? (Anwohner sind zur Unterschriftensammlung bereit).

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Vor der Erneuerung des Marbacher Weges war die zulässige Höchstgeschwindigkeit aufgrund des schlechten Ausbauzustandes der Straße auf 40 km/h begrenzt.

Mit der Baumaßnahme wurde die Straße so hergestellt, dass der Grund für eine Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf unter 50 km/h nicht mehr gegeben ist.

Nach dem der Stadtverordnetenversammlung vorliegenden Erlass des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 12.08.2009 beträgt die innerörtliche Regelgeschwindigkeit 50 km/h. Geschwindigkeitsreduzierungen auf unter 50 km/h sind nur beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen möglich. Diese Voraussetzungen sind im Marbacher Weg nicht gegeben.

Zur Sicherheit für die Fußgänger beim Queren des Marbacher Weges sind signalgeregelte Fußgängerschutzanlagen sowie eine Mittelinsel vorhanden.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 3 01/2010)
Vorlage: VO/0937/2010

Wie viele Parkplätze von den 150 auf dem neuen Parkplatz am Pilgrimstein stehen der Allgemeinheit zur Verfügung, wenn man die fest vermieteten Plätze für Bürger und die Universität abzieht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Auf dem neuen Parkplatz stehen alle Stellplätze der Allgemeinheit zur Verfügung. Es gibt hier, wie auch im Parkhaus Pilgrimstein, keine reservierten Stellplätze für Dauermieter. Die Fluktuation auf dem Platz gewährleistet nahezu immer, dass sowohl für Dauermieter, als auch für Kurzzeitparker ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Derzeit sind 36 Dauerparkausweise der Philipps-Universität zur Verfügung gestellt und 36 weitere Dauerparkverträge abgeschlossen worden.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 4 01/2010)
Vorlage: VO/0938/2010

Wer ist dafür verantwortlich, dass am Dükerweg zuerst Linden gepflanzt und anschließend nach ein paar Jahren wieder abgeholzt werden? Was sind für Kosten für die Anpflanzung und anschließend für das Abholzen entstanden und wie erklärt man diese Verschwendung von Steuergeldern den Bürgern?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Auftraggeber für die Fällung der Bäume war der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur. Die Bäume wurden in den Jahren 1980 - 1985 gepflanzt. Kosten dafür sind heute nicht zu ermitteln, da zu diesem Zeitpunkt eine Kostenrechnung nicht erfolgte. Für die Fällung der Bäume wurden von DBM Kosten in Höhe von 1.484,40 € in Rechnung gestellt.

Durch entsprechende Schnittmaßnahmen, die bereits über zwei Jahre durchgeführt werden, wird der hinter dem Gehweg liegende Gehölzbestand zu einer parkähnlichen Struktur heranwachsen. Dadurch wird ausreichend Ersatz für den im vorderen Bereich unmittelbar an den Geh- und Fahrradweg heranreichenden Baumbestand entstehen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 5 01/2010)
Vorlage: VO/0939/2010

Wie viele Überstunden wurden im Jahr 2009 im Dienstleistungsbetrieb Marburg geleistet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für das Jahr 2009 kann die Zahl der geleisteten Überstunden noch nicht exakt beziffert werden, da die Abrechnung der Überstunden über entsprechende Aufschreibungen durch die Personalabteilung erst mit einem zeitlichen Verzug erfolgt.

Daher kann für das Jahr 2009 aktuell nur eine genaue Angabe bis zum Monat November erfolgen ergänzt um die voraussichtliche Zahl, wie sie im DBM aktuell bekannt ist für den Monat Dezember 2009. Die vollständigen Zahlen für 2009 können nachgeliefert werden, sobald diese beim Fachdienst Personalservice komplett vorliegen.

Für eine Einordnung der Zahlen ist es wichtig zu wissen, dass der DBM einerseits einen ganzjährigen Kanalnotdienst vorhalten muss, der in der Woche nach Dienstschluss und am Wochenende ganztägig in Bereitschaft ist. Dieser wird beispielsweise bei Kanalverstopfungen, bei Straßeneinbrüchen und bei Hochwasser eingesetzt.

Außerdem hat der DBM den Winterdienst in Marburg sicherzustellen. Dazu werden im Januar, Februar und im Dezember während der gesamten Monate sowie im März und November in Abhängigkeit von der Witterung außerhalb der normalen Dienstzeiten und an Wochenenden ca. 65 MitarbeiterInnen des DBM eingesetzt, um diese Aufgabe wahrzunehmen.

Neben diesen Aufgaben fallen Überstunden bei Großprojekten, wie z.B. 3 Tage Marburg, dem Elisabethmarkt, am Rosenmontag, dem Aktionstag „In die Stadt ohne meine Auto" oder ähnlichen Veranstaltungen an. Dies betrifft im Wesentlichen die Straßenreinigung und die Beschilderung/Absperrung.

In der Entsorgung fallen Überstunden an, um die durch Feiertage ausgefallenen Entsorgungstouren samstags nach- bzw. vorzufahren. Dies sind bis zu 8 Samstage im Jahr für jeweils ca. 20 Mitarbeiter.

Nach jetzigem Stand, einschließlich der vorliegenden Daten für Dezember, sind im Jahr 2009 insgesamt 14.000 Überstunden angefallen. Davon entfallen auf Einsätze aus der Rufbereitschaft ca. 5.200 Stunden, für das Nachfahren der Entsorgungstouren sind ca. 1.150 Überstunden angefallen. 7.650 Überstunden entfallen auf andere Sonderprojekte, wie beispielhaft oben aufgezählt, sowie allgemeine Mehrarbeit in der Produktion.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 01/2010)
Vorlage: VO/0942/2010

Die neu angeschafften Müllcontainer für Hausmüll lassen sich häufig nicht auf die in einer Aufschrift angegebenen Weise (Herabdrücken von zwei roten Hebeln) schließen. Ist an Nachbesserung gedacht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bisher sind dem DBM Probleme dieser Art nicht bekannt.

Sollte bei einzelnen Gefäßen das geschilderte Problem auftreten, bittet der DBM darum, ihm dies über das Service-Telefon (201-688) mitzuteilen.
Dann wird das Problem schnellstmöglich, entweder durch Reparatur oder durch Gefäßtausch, behoben.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 7 01/2010)
Vorlage: VO/0943/2010

Wie hoch sind die jährlichen Energiekosten für die Straßenbeleuchtung im Stadtteil Richtsberg?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für den Stadtteil Richtsberg betrugen die Kosten für die Straßenbeleuchtung im Jahr 2009 ca. 31 T€. Hierbei ist zu bedenken, dass die Einspeisestelle Süd mehrere Stadtteile incl. Richtsberg versorgt. Von daher wurde der genannte Betrag über eine Abgrenzung ermittelt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 8 01/2010)
Vorlage: VO/0944/2010

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum die Busse aus dem Kreisgebiet (z.B. aus Wittelsberg) nicht mehr wie bisher bis zum Hauptbahnhof fahren (sondern nur bis zum Erlenring) und Personen, die mit der Bahn weiterfahren wollen, zugemutet wird, umzusteigen und wie er die Konsequenzen solcher Maßnahmen für die Attraktivität des ÖPNV einschätzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Planung und Betrieb der Buslinien aus dem Kreisgebiet liegen bis auf die Linie 13, die am Südbahnhof endet, im Zuständigkeitsbereich des Regionale Nahverkehrsverbands Marburg-Biedenkopf (RNV) und des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV). Die Fahrpläne und Fahrtrouten der einbrechenden Verkehre sind mit den Fahrplänen der Stadt Marburg abgestimmt worden. Die Linien MR-61, MR-75, MR-80 und MR-86 enden am Erlenring, davon bedienen die Linien MR-80 und MR-86 nicht den Hauptbahnhof, da diese aus Richtung Norden in die Stadt fahren.
Der Verknüpfungspunkt zur Bahn wurde bei den Linien MR-80 und MR-86 für Pendler, die die überwiegende Zahl der Fahrgäste auf der Main-Weser-Bahn darstellen, auf den Marburger Südbahnhof gelegt, da dort ein vertaktetes Angebot der Schiene vorhanden ist. Die Verkehrserhebung 2008 hat gezeigt, dass z.B. auf der Linie 86 (Deckenbach - Marburg) unter 5 % der Kundinnen und Kunden den Marburger Hauptbahnhof als Ziel angegeben haben. Der Endpunkt Erlenring, der für die Busse aus dem Kreisgebiet auch eine Parkposition im Erlengraben bietet, ist für den überwiegenden Teil der Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV-Angebotes als Endpunkt ausreichend. Dies hat eine Fahrgastbefragung ergeben.
Aus Sicht der Stadt Marburg ist darauf zu achten, dass die Anzahl von Linienbussen, die am Hauptbahnhof eine Endhaltestelle mit der dazugehörigen Wendezeit haben, auf ein geringst mögliches Maß zu planen ist, da nach dem Umbau des Bahnhofsvorplatzes die Anzahl von Wartepositionen für Linienbusse unter der Brücke der B3a erheblich verringert werden muss.
Die Verkürzung der Linienwege einbrechender Verkehre aus dem Kreisgebiet führt zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes, da die verkehrswirtschaftlich nicht sinnvollen Nutzwagenkilometer zwischen der Innenstadt und dem Hauptbahnhof eingespart werden.
Konsequenzen für die Attraktivität des ÖPNV sind, aufgrund der vielfältigen Umsteigemöglichkeiten in Richtung Hauptbahnhof Marburg und der gelungenen Abstimmung des Angebotes auf den Schienenverkehr am Südbahnhof, nach unserer Einschätzung allenfalls als eine kleine Komforteinbuße für Einzelpersonen zu befürchten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 9 01/2010)
Vorlage: VO/0946/2010

Welche Vorsorge kann getroffen werden, dass bei Feuerwehreinsätzen mit Löschwasser auf Solardächern kein Kurzschluss mit Gefährdung der Löschmannschaften entsteht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich werden die Einsatzkräfte der Feuerwehr in regelmäßigen Abständen auf die Gefahren durch elektrische Spannung an den Einsatzstellen bei der Verwendung von Löschmitteln im Rahmen von Ausbildungsdiensten und Lehrgängen hingewiesen. Die Unfallverhütungsvorschriften sehen bei der Durchführung von Löscharbeiten Sicherheitsabstände vor. So ist bei Niederspannungen ein Strahlrohrabstand von 1m bis 5 m einzuhalten und bei Hochspannungen von 5 m bis 10 m.

Bei den Dächern mit Photovoltaikanlagen (Solardächern) ist der Aufbau der Anlage und die Funktionsweise von den Einsatzkräften und den Bewohnern zu beachten. Hierzu verfügen die Einsatzleiter über entsprechende Unterlagen. Der Gefahrenschwerpunkt dieser Anlagen liegt in den Modulen und den Leitungen zu den Wechselrichtern. Den Energiefluss kann man stoppen, indem die Sicherung zur Netzeinspeisung und am Wechselrichter der Gleichspannungstrennschalter betätigt wird. Diese Tätigkeit darf allerdings nur eine Elektrofachkraft ausführen. Befindet sich in den Reihen der Feuerwehreinsatzkräfte eine solche Fachkraft nicht, werden ortsansässige Fachfirmen angefordert und bis zu deren Eintreffen sind die genannten Sicherheitsabstände einzuhalten.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 10 01/2010)
Vorlage: VO/0947/2010

Welche Alternativen sieht der Magistrat für den Konzertverein während der Bauarbeiten an der Stadthalle?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei einem Ausbau der Stadthalle / Erwin-Piscator-Haus könnte sowohl das Auditorium Maximum als auch der Konzertsaal des Hülsenhauses eine Ausweichstätte sein. Entsprechende Vorgespräche des Veranstaltungsservice Stadthalle mit der Universitätsverwaltung sind bereits geführt worden.

Die Philipps-Universität ihrerseits wird wegen der Sanierung des Hörsaalgebäudes schon ab Juli dieses Jahres die Stadthalle als Ausweichquartier nutzen.

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 11 01/2010)
Vorlage: VO/0948/2010

2003 hat die Stadt Marburg mit dem Verein Sonneninitiative einen Vertrag über die Nutzung öffentlicher Dachflächen als Photovoltaikstandort abgeschlossen.
Laut Satzung kann der Verein zu Demonstrations- und Aufklärungszwecken eigene PV-Anlagen betreiben oder sich an solchen Anlagen beteiligen. Nach Aussagen des Vereins kümmert er sich um Buchhaltung und Zahlungsverkehr und sorgt für die Versicherung solcher Anlagen.
Hat der Verein für diese Tätigkeiten ein Gewerbe angemeldet?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Verein „Sonneninitiative e.V." hat nach eigenen Aussagen kein Gewerbe angemeldet.

Für die Einnahmen ist der Verein umsatzsteuerpflichtig.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 12 01/2010)
Vorlage: VO/0949/2010

Die Fugen zwischen den Bürgersteigplatten in der neu gestalteten Universitätsstraße sind so groß, dass sie einen idealen Platz bieten für weggeworfene Zigarettenkippen. Es mehren sich insoweit Klagen von Passanten.
Außerdem kommt es immer wieder vor, dass bei Reinigungsarbeiten mit Kehrmaschinen die Sandverfüllung der Fugen herausgesaugt wird, so dass es zu Absenkungen einzelner Platten kommt.
Waren diese großen Fugen bei der Verlegung der Bürgersteigplatten von Anfang an so geplant, oder hatte hier die Verlegefirma „freie Hand" in der Gestaltung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Herstellung und Ausführung des Gehwegplattenbelages ist nach Herstellerangaben und einschlägigen DIN-Vorschriften ausgeschrieben und ausgeführt worden. Bestandteil der Ausführungsleistung ist die Ausführung einer standfest herzustellenden Fugenfüllung. Eine standfeste Fuge wird durch mehrmaliges Einkehren geeigneter filterstabiler Fugenmaterialien erreicht. Während dieser Zeit sollten die Fugen keinesfalls mittels Saug-Kehrmaschinen gereinigt werden, da dies der Verfestigung des Fugenmaterials entgegensteht. Eine Nachbehandlung der ausgeführten Pflasterfugen wird bei geeigneter Witterung (trockene Oberfläche) durch die Baufirma ausgeführt. Absenkungen einzelner Platten kann der Fachdienst Tiefbau nicht feststellen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 13 01/2010)
Vorlage: VO/0954/2010

Welche bauliche Möglichkeit sieht der Magistrat, um die schwarze Treppe im Bürgerhaus Wehrda farblich sehbehindertengerecht zu gestalten und bis wann kann eine solche Umgestaltung durchgeführt werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

An die Treppenstufen werden entsprechende Kontraststreifen angebracht. Die Arbeiten werden in Kürze bei wärmerem Wetter aus Mitteln der Bauunterhaltung ausgeführt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 14 01/2010)
Vorlage: VO/0950/2010

Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben im vergangenen Jahr von den Stadtwerken Marburg einen Zuschuss für welche umweltfreundliche Optimierung ihrer Heizungsanlagen erhalten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es haben 65 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marburg einen Zuschuss für die Optimierung ihrer Heizungsanlage erhalten.

Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- 17 Stck.- Einbau von programmierbare Thermostatventilen (Förderung mit 10 €)
- 7 Stck.- Einbau von Heizungspumpen der Hocheffizienzklasse "A" (Förderung mit 40 €)
- 41 Stck.- Bezuschussung von Solarthermieanlagen. (Förderung mit 250 € seitens der Stadtwerke Marburg für Strom- und Gaskunden der Stadtwerke sowie 410 € von seiten der Stadt für alle Bürger/innen.)

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 15 01/2010)
Vorlage: VO/0951/2010

Warum wird vom Standesamt monatlich nur ein Termin für Trauungen am Samstag angeboten?

Wie wäre es möglich, besonders in den Sommermonaten weitere Samstags-Termine einzurichten, um auch mit den vorhandenen attraktiven Örtlichkeiten (Kaiser-Wilhelm-Turm Spiegelslust) für Marburg als Hochzeitsstadt zu werben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Festlegung der Trautermine und die Auswahl der verschiedenen Örtlichkeiten erfolgt in Absprache mit den Betreibern der Lokalitäten bereits im Jahr zuvor. Das Standesamt orientiert sich dabei einmal an den Erfahrungen der Vergangenheit und stellt, je nach Jahreszeit und Nachfrage sicher, dass an verschiedenen Orten gleichzeitig, d.h. bei mehreren Standesbeamten geheiratet werden kann.

Personelle Kapazitäten und die Gewährleistung der personenstandsrechtlichen Aufgaben im FD lassen es nicht zu, jeden Samstag Trautermine anzubieten.

Seit der Zusammenlegung von Stadtbüro und Standesamt sind bereits 3 neue Standesbeamte berufen worden. Es ist vorgesehen auch 2010 und 2011 weitere Kollegen aus dem Stadtbüro zu qualifizieren um künftig noch flexibler mit den Wünschen der Brautleute umgehen zu können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 16 01/2010)
Vorlage: VO/0955/2010

Weshalb existieren nach Erneuerung des Pflasters ausgerechnet an der von Blinden am häufigsten zu überquerenden Kreuzung im Bereich der Elisabethstraße keine Noppenbeläge mehr vor den Fußgängerüberwegen zur Orientierung für Blinde und Sehbehinderte? Diese führten vormals nicht nur an die richtige Stelle des Überweges sondern halfen auch die entsprechenden Schalter an den Ampeln zu finden. Im Kreuzungsbereich der Universitäts-/Gutenbergstraße haben die viel später fertig gestellten Pflaster bereits wieder diese Orientierungshilfe.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In dem historisch und denkmalschutzrechtlich bedeutsamen Umfeld der Elisabethkirche wurden bei der Umgestaltung der Ketzerbach und Teilen der Elisabethstraße dem Standort entsprechend hochwertige Natursteine auf den Gehwegen verlegt. Der Einbau von Bodenindikatoren aus Beton wäre aus gestalterischen Gründen in diesem Umfeld inakzeptabel gewesen. Weiterhin erfüllen die üblichen Bodenindikatoren innerhalb einer rauen Natursteinfläche wegen des geringen taktilen Kontrasts oftmals nicht den gewünschten Effekt. Schließlich sind die Standorte der Fußgängerschutzanlagen dort mit Pilottönen ausgestattet, die es Sehbehinderten und Blinden ermöglichen, die Ampelmaste auch ohne Bodenindikatoren zu finden.

In der Universitätsstraße sind die Ansprüche an die Gestaltung nicht so hoch anzusetzen, wie in dem vg. Bereich, so dass hier für die Oberfläche ein Betonstein mit Vorsatzschale ausgewählt wurde. Dort stören die Bodenindikatoren die Gestaltung weniger als an der Elisabethkirche und der Kontrast zwischen rauem Bodenindikator und glattem Umgebungsbelag ist deutlich zu spüren.

Aspekte des barrierefreien Bauens sind besonders für Straßenbaumaßnahmen von großer Bedeutung und werden auch immer im Einvernehmen mit dem Behindertenbeirat bedacht.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 17 01/2010)
Vorlage: VO/0952/2010

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf der Stadtautobahn Tempo 60 km/h für LKW Tempo 80 km/h für PKW einzuführen, bisher nicht umgesetzt worden ist? Welche Gründe stehen der Umsetzung entgegen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zuständig für die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der B 3 ist die Straßenverkehrsbehörde.

Nach der Verwaltungsvorschrift zu § 45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) bedarf die Straßenverkehrsbehörde der Zustimmung der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle (gem. Erlass ist dies das Regierungspräsidium Gießen) bei der Anordnung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen auf Kraftfahrtstraßen (B 3 im Bereich von Marburg).

Vom Regierungspräsidium besteht eine ausdrückliche Anordnung gegenüber der Straßenverkehrsbehörde, dass auf der B 3 keine Temporeduzierung ohne Zustimmung des RP veranlasst werden darf.

Da vom Regierungspräsidium Gießen bisher keine Zustimmung erteilt wurde, konnte der Stadtverordnetenbeschluss nicht umgesetzt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sabine Köhler (Nr. 18 01/2010)
Vorlage: VO/0953/2010

Gibt es Pläne die Anzahl der unzureichenden Fahrradparkplätze an der VHS in der Deutschhausstraße zu erweitern? Selbst im Winter sind die Stellplätze hoffnungslos überfüllt.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch die Fachdienste Tiefbau und Straßenverkehr wird geprüft, ob im Bereich der VHS weitere Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden können.

---

zu 12.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Haushalt 2010 Vorlage: VO/0910/2010

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Die CDU-Fraktion hat im Haupt- und Finanzausschuss den Antragstenor wie folgt abgeändert:

Der Haushaltsplan wird lediglich für das Jahr 2010 erneut in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und von der Stadtverordnetenversammlung am 26. Februar 2010 verabschiedet.

Die antragstellende Fraktion Marburger Linke hat diese Antragsfassung übernommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Vor der heutigen Stadtverordnetensitzung haben die antragstellenden Fraktionen Marburger Linke, CDU, FDP und MBL eine gemeinsame **Neufassung** des Antrages vorgelegt.

Die Neufassung liegt allen Stadtverordneten vor und wird auch dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Pfalz (CDU), Ludwig (MBL), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Oberbürgermeister Vaupel, Sawalies (FDP), Stompfe (CDU), Acker (SPD), Pfalz (CDU), Stompfe (CDU), Oberbürgermeister Vaupel und erneut Stompfe (CDU).

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Neufassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit **29 Ja-Stimmen** der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei **29 Nein-Stimmen** der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschuss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5 Bauleitplanung der Stadt Marburg Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/6 (inkl. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 11/1), Campus Lahnberge, ZTI (Zentrum für Tumor- und Immunbiologie) Vorlage: VO/0819/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/6, Campus Lahnberge, ZTI (inkl. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 11/1) gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

---

zu 6 Bauleitplanung der Stadt Marburg Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5/14 „Ockershäuser Allee“ Vorlage: VO/0884/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU und mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5/14 für den Bereich südlich der Ockershäuser Allee wird gemäß § 2 Baugesetzbauch (BauGB) beschlossen.

---

zu 7 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 des Fachdienstes Bäder Vorlage: VO/0907/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Str. 15, 35398 Gießen, wird als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 für den Fachdienst Bäder bestellt.

---

zu 8 Wirtschaftsplan 2010 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH Vorlage: VO/0869/2009

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Der Ausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zur Februar-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Februar-Sitzung.

---

zu 9 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des DBM zum 31.12.2009 Vorlage: VO/0893/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bestellung der Theobald und Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Straße 15, 35398 Gießen, als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg, zu.

---

zu 10 Abschluss eines neuen Verkehrsvertrages über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0900/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Stadtverordnete Göttling Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Haupt- und Finanzausschuss beantragt, den Vertrag (§ 4, Abs. 3) dahingehend zu ergänzen, dass bei Ersatzbeschaffungen grundsätzlich Erdgasfahrzeuge angeschafft werden sollen.

Mit dieser Ergänzung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die so ergänzte Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügten Neufassung des Verkehrsvertrages über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass bei Ersatzbeschaffungen grundsätzlich Erdgasfahrzeuge angeschafft werden sollen.

---

zu 11 Dringlichkeitsanträge

---

zu 11.1 Antrag aller Fraktionen betr. Soforthilfe für Haiti Vorlage: VO/0933/2010

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Er wird dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zu Begründung des Antrages spricht der Stadtverordnetenvorsteher. Er gibt einen Überblick über die Hilfeleistungen der Universitätsstadt Marburg in früheren Katastrophenfällen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dem Deutschen Roten Kreuz „Katastrophenhilfe für Haiti" eine Spende von 10.000 Euro zur Verfügung zu stellen.
Die haushaltsrechtliche Abwicklung erfolgt über den nächsten Haushalt.

---

zu 12 Anträge der Fraktionen

---

zu 12.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Behring-Gedenkstätte Vorlage: VO/0537/2009

Die antragstellende FDP-Fraktion hat den Antrag bis zur März-Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und auch der Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag somit ebenfalls zurück bis zur März-Sitzung.

zu 12.2 Antrag der MBL-Fraktion betr. Sauberkeit auf dem Messegelände Vorlage: VO/0766/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Die Antragsteller haben den Antragstext im Umweltausschuss abgeändert. Das Wort "umgehend" wird durch "weiterhin" ersetzt. In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin für die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13.03.08 zu sorgen.

---

zu 12.3 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Scheunenbörse Vorlage: VO/0870/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg wird gebeten, im Rahmen des Projekts „Innenentwicklung vor Außenentwicklung" eine Kontaktbörse für leerstehende landwirtschaftliche Gebäude zu organisieren, um potentielle Verkäufer und Käufer miteinander zu vernetzen.

---

zu 12.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Weihnachtsmarkt Vorlage: VO/0887/2010

Der Antrag der Marburger Linken ist im Sozialausschuss beraten worden.

Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Severin (SPD-Fraktion).

Nach ausführlicher Diskussion der Vorlage hat die Stadtverordnete Dr. Therre-Staal (B90/Die Grünen) folgende Änderung vorgeschlagen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit den Werbekreisen, dem Veranstalter van Elkan und dem Kirchenvorstand der Elisabethkirchengemeinde unter Berücksichtigung der Interessen und Erfahrungen der langjährig auf den Märkten vertretenen Händler die Konzeption für die Weihnachtsmärkte um die Elisabethkirche und auf dem Marktplatz bis April 2010 in umsetzbarer Form vorzulegen,

2. darauf hinzuwirken, dass künftig auf den Weihnachtsmärkten um die Elisabethkirche und auf dem Marktplatz einheimisches Kunsthandwerk deutlich vertreten ist und darüber hinaus vorwiegend solche Waren angeboten werden, die fair gehandelt sind und bei deren Herstellung Kinderarbeit nachweislich ausgeschlossen ist.

Die bisherige Ziffer 2 des Ausgangsantrags der Fraktion Marburger Linke soll gestrichen werden.

Die Vertreterin der Fraktion Marburger Linke erklärte, den Änderungsantrag zu Ziffer 1 und Ziffer 3 des Ausgangsantrages zu übernehmen.

Der Vorschlag, Ziffer 2 des Ausgangsantrages zu streichen, wurde von der Fraktion Marburger Linke nicht übernommen.

Anschließend wurde im Sozialausschuss wie folgt abgestimmt:

Der zu Ziffer 1 geänderte Antrag wird mehrheitlich bei 1 Enthaltung eines Vertreters der CDU-Fraktion mit 10 Ja-Stimmen <u>angenommen</u>.

Ziffer 2 des Ausgangsantrags wird mehrheitlich mit 10 Nein-Stimmen gegen die Stimme der Marburger Linke <u>abgelehnt.</u>

Der Streichung der Ziffer 2 des Ausgangsantrages wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme der Fraktion Marburger Linke <u>zugestimmt.</u>

Der zu Ziffer 3 geänderte Antrag wird e i n s t i m m i g <u>angenommen</u>.

Damit ist dem geänderten Antrag für die weitere Beratungsfolge zugestimmt worden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Beschlussvorschläge wie folgt getrennt abstimmen:

Zu Ziffer 1 neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. in Zusammenarbeit mit den Werbekreisen, dem Veranstalter van Elkan und dem Kirchenvorstand der Elisabethkirchengemeinde unter Berücksichtigung der Interessen und Erfahrungen der langjährig auf den Märkten vertretenen Händler die Konzeption für die Weihnachtsmärkte um die Elisabethkirche und auf dem Marktplatz bis April 2010 in umsetzbarer Form vorzulegen,

Zu Ziffer 2 bisherige Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses folgenden Beschluss:

Ziffer 2 des Ausgangsantrags wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2 neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert

2. darauf hinzuwirken, dass künftig auf den Weihnachtsmärkten um die Elisabethkirche und auf dem Marktplatz einheimisches Kunsthandwerk deutlich vertreten ist und darüber hinaus vorwiegend solche Waren angeboten werden, die fair gehandelt sind und bei deren Herstellung Kinderarbeit nachweislich ausgeschlossen ist.

---

zu 12.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsknoten Beltershäuser Straße/Cappeler Straße Vorlage: VO/0888/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext ist im Umweltausschuss wie folgt geändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, nach Abschluss der Baumaßnamen (B3A, Beltershäuser Straße) das gegenwärtige Verkehrsaufkommen am Verkehrsknoten Beltershäuser Straße / Cappeler Straße feststellen zu lassen.

Ferner möge er bei den Landesbehörden darauf hinwirken, dass zeitnah Lärm-, Staub- und Emissionsmessungen erfolgen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, nach Abschluss der Baumaßnamen (B3A, Beltershäuser Straße) das gegenwärtige Verkehrsaufkommen am Verkehrsknoten Beltershäuser Straße / Cappeler Straße feststellen zu lassen.

Ferner möge er bei den Landesbehörden darauf hinwirken, dass zeitnah Lärm-, Staub- und Emissionsmessungen erfolgen.

---

zu 12.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. "Städte für das Leben" Vorlage: VO/0889/2010

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD).

Im Sozialausschuss hat der Stadtverordnete Kissel (CDU) vorgeschlagen, den dritten Absatz der Begründung um die Staaten China und Iran zu ergänzen. Dagegen wurde nicht gesprochen. In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.
Die Fraktionen SPD und B90/Die Grünen treten dem Antrag bei.
Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage mit der Ergänzung aus dem Sozialausschuss beraten und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die ergänzte Fassung der Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg tritt dem Städtebündnis „Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" bei.

---

zu 12.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Straßenzug zwischen Allianzhaus und Rudolphsplatz Vorlage: VO/0890/2010

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, fortlaufend über die Überlegung und Planung einer Neugestaltung des Bereichs zwischen Ecke Gutenbergstraße/Universitätsstraße (sog. „Allianzhaus") und Rudolphsplatz insbesondere unter dem Aspekt der Neuansiedelung von Einzelhandel in den Fachausschüssen zu berichten.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über den geänderten Antragstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, fortlaufend über die Überlegung und Planung einer Neugestaltung des Bereichs zwischen Ecke Gutenbergstraße/Universitätsstraße (sog. „Allianzhaus") und Rudolphsplatz insbesondere unter dem Aspekt der Neuansiedelung von Einzelhandel in den Fachausschüssen zu berichten.

zu 12.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Visualisierung der Windkraftwerke auf den Lahnbergen Vorlage: VO/0899/2010

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat den Antrag zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

Die Beratung des Antrages im Bau- und Planungsausschuss hat zum gleichen Ergebnis geführt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februar-Sitzung.

---

zu 13 Kenntnisnahmen

---

zu 13.1 Anregung der Kommunalaufsicht zur Reduzierung der Mitgliederzahl des ehrenamtlichen Magistrats vor der Kommunalwahl 2011 Vorlage: VO/0892/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 13.2 Befragung von privaten, kirchlichen und frei-gemeinnützigen Trägern von Alten- und Pflegeheimen Vorlage: VO/0905/2010

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt das Befragungsergebnis zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass der Stadtverordnete Dr. Rausch (SPD) heute letztmalig an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt und mit Wirkung zum 31. Januar sein Stadtverordnetenmandat niederlegt. Er bedankt sich im Namen des gesamten Hauses für die gute Zusammenarbeit in der zurückliegenden Zeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **19:32 Uhr**.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen